

Liebe Genossinnen und Genossen,

was haben ein gesetzlicher Mindestlohn, der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und der Stopp der Rente mit 67 gemeinsam?

Richtig!

Die Mehrheit der Deutschen ist dafür und alle Regierungen seit Schröder ignorieren hartnäckig diesen Mehrheitswillen.

Öffentliche Petitionen können da ein wichtiges Mittel für v.a. zivilgesellschaftliche Organisationen sein, um eine öffentliche Plattform für ihre Themen zu bekommen. Gleichzeitig können sie aufzeigen, dass ihre Forderungen von allgemeinem Interesse sind und von entsprechend vielen Menschen unterstützt werden. Doch damit die Petenten nicht im Petitionsausschuss viel Verständnis ernten, dann aber im Anschluss doch nichts passiert, ist eine Reform des Petitionsrechts notwendig.

PETITIONEN INS PLENUM – Druck machen auf die Regierung!

DIE LINKE fordert gemeinsam mit dem Petenten den Ausbau des Petitionsrechts: Wenn Petitionen eine besonders breite Unterstützung in der Gesellschaft erfahren (100.000 Unterschriften in 2 Monaten), sind sie es auch wert, im Plenum des Deutschen Bundestags und in den thematisch passenden Fachausschüssen zu behandelt werden. Nur so haben auch die Themen, die nicht von finanzkräftigen Verbänden vertreten werden, eine Chance, politisch überhaupt behandelt zu werden. Nachdem die FDP die Idee im vergangenen Jahr zunächst stützte, dann aber im letzten Moment vor ihrem Koalitionspartner einknickte, fordert nun ein pfiffiger Petent die Umsetzung.

Deshalb bitte ich Euch die Petition mitzuzeichnen:

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=21533>

Es ist nur eine kurze Registrierung notwendig und eine hohe Zahl an Unterstützern könnte PEINLICH FÜR DIE KOALITION WERDEN!

Schließlich versprochen diese schon 2009 in ihrem Koalitionsvertrag:

"Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung an der demokratischen Willensbildung stärken. Dazu wollen wir das Petitionswesen weiterentwickeln und verbessern. Bei Massenpetitionen werden wir über das im Petitionsausschuss bestehende Anhörungsrecht hinaus eine Behandlung des Anliegens im Plenum des Deutschen Bundestags unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse vorsehen."

Wenn also mehr als 50.000 Menschen bis zum 8. Februar 2012 mitzeichnen, muss sich der Ausschuss in einer öffentlichen Sitzung nochmals mit diesem Thema beschäftigen. Das ist das Ziel. Wird die FDP wiederum vor ihrem Koalitionspartner einknicken und sich damit öffentlich blamieren? Oder wird sie zu ihrem Fraktionsbeschluss stehen und damit den Weg frei machen? Wir wollen's wissen.

Also, DRUCK MACHEN und MITZEICHNEN:

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=21533>

Mehr Infos und Hintergründe findet ihr auf www.ingridremmers.de

Mit solidarischen Grüßen

Ingrid Remmers MdB
Obfrau im Petitionsausschuss

